

II-1365 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 723/J

1980-07-09

A N F R A G E

der Abgeordneten Dipl.Ing. Riegler
und Genossen

an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft

betreffend die Besetzung des Postens eines Versuchstechnikers
in der Bundesanstalt für Kulturtechnik und Boden-
wasserhaushalt

In der Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage der Abgeordneten Riegler und Genossen betreffend die Besetzung des Postens eines Versuchstechnikers an der Bundesanstalt für Kulturtechnik und Bodenwasserhaushalt, Nr. 357/J vom 21.2.1980, teilte der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft unter anderem mit, daß die Bundesregierung am 18.12.1973 "Richtlinien für die Durchführung der Auskunftspflicht gemäß dem Bundesministeriengesetz" erlassen hat. Demnach ist im Interesse einer Partei die Auskunft über "dienst- und besoldungsrechtliche und Personalangelegenheiten eines Bediensteten, soweit sie nicht allgemein zugänglichen Amtsbehelfen zu entnehmen sind und aus der begehrten Auskunft allein oder in Verbindung mit anderen Umständen oder Auskünften direkt oder indirekt auf die tatsächlichen oder rechtlichen Verhältnisse einer Einzelperson aus dem genannten Personenkreis geschlossen werden kann", zu verweigern. Diese Richtlinien, die der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft richtigerweise für die Bediensteten seines Ministeriums zur Pflicht gemacht hat, versucht er auch dem Nationalrat gegenüber bei der Beantwortung parlamentarischer Anfragen anzuwenden.

Die diesbezüglichen Ausführungen von Bundesminister Haiden gehen insoferne ins Leere, als es sich bei der gegenständlichen Anfrage der Abgeordneten Riegler und Genossen nicht um ein Auskunftsansuchen im Sinne des Bundesministeriengesetzes 1973 handelt. Bei der gegenständlichen Anfrage handelt es sich um das gemäß Art. 52 B-VG bzw. §§ 90 ff des EG über die Geschäftsordnung des Nationalrates verankerte Kontrollrecht eines Abgeordneten zum Nationalrat, die Geschäftsführung der Bundesregierung zu überprüfen, die Mitglieder über alle Gegenstände der Vollziehung zu befragen sowie alle einschlägigen Auskünfte zu verlangen. Die in Art. 20 Abs. 3, 1. Satz B-VG normierte Geheimhaltungspflicht kann nicht gegenüber dem Nationalrat bestehen.

In Übereinstimmung damit normiert eben Art. 52 Abs. 1 B-VG die Auskunftspflicht der Mitglieder der Bundesregierung gegenüber dem Nationalrat. Diese Verpflichtung kann nicht durch eine einfachgesetzliche Bestimmung des Bundesministeriengesetzes aufgehoben oder abgeändert werden. Es ist Zeichen für eine grobe Verkennung der Rechtslage, ein Auskunftsbegehren eines Staatsbürgers im Sinne des § 3 Z. 5 des Bundesministeriengesetzes 1973 mit dem Interpellationsrecht des Nationalrats gem. Art. 52 B-VG zu verwechseln. Es ist aber typisch für die Amtsführung von Bundesminister Haiden, sich hinter scheinbarer Gesetzestreue zu verschanzen, wenn ihm die Beantwortung von Fragen peinlich wird.

Die unterzeichneten Abgeordneten wiederholen daher an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Welche Bewerber für die Nachfolge Ungerböck wurden von der Bundesanstalt dem Präsidium des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft vorgelegt?
- 2) Welchem Bewerber wurde durch die Anstaltsleitung der Vorzug gegeben und warum?
- 3) Wurde entsprechend den Bestimmungen des Bundespersonalvertretungsgesetzes der Dienststellenausschuß mit der Angelegenheit befaßt und wenn ja, welche Auffassung hat er vertreten bzw. welcher Bewerber wurde zur Aufnahme vorgeschlagen.
- 4) Wer wurde tatsächlich aufgenommen?
- 5) Welche Gründe waren für die Aufnahme ausschlaggebend?